72. Jahrgang. № 347 Mittwoch, 25. Juli 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. Juli 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 1.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 18777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

THÜRMER-FLÜGEL PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen in Sa. Martinstr. 12 **Bautzen** in Sa. Seminarstr. 8

Brennabor der deutsche Qualitätswagen
Dresden-N. Bautzner Straße 22 Tel.: 56448/9
Arthur Anders & Co.
Automobile u. Reparaturwerkstatt

Ein Kampf um Wien.

Paris hetzt weiter gegen den Anschluß. — Löbe erteilt die Antwort in Graz.

Schlotternde Angst vor Großdeutschlands Einheit.

Paris, 24. Juli. Unter der Ueberschrift „Die französische Regierung und die österreichische Frage" stellt das „Journal des Débats" fest, daß der sich langsam in die Tat umsetzende Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich zu einer der gefährlichsten Tatsachen Europas werden könnte. An dem Tage, an dem er vollendet sein werde, würde sich die allgemeine Lage vollkommen zum Nachteil der Sieger verändert haben und Zentraleuropa würde sich einem Deutschland ausgeliefert sehen, das in vieler Hinsicht stärker sein würde als 1914. Deshalb könne man mit Recht erstaunt sein, daß trotz der vielen schwebenden bedeutungsvollen auswärtigen Fragen vor dem 1. September in Paris kein Ministerrat stattfinden und dieser sich voraussichtlich auch nur mit parlamentarischen Angelegenheiten beschäftigen werde. Das Blatt erinnert daran, bereits der Befürchtung darüber Ausdruck gegeben zu haben, daß die Frage der Rheinlandräumung niemals Gegenstand einer entscheidenden ministeriellen Besprechung und nicht einmal einer eingehenden Unterhaltung zwischen Poincaré und Briand gewesen sei. Mit noch größerem Nachdruck müsse diese Befürchtung in der Anschlußfrage wiederholt werden. Vor allem sei eine volle Verständigung mit den Staaten erforderlich, die daran interessiert seien, in erster Linie mit der Tschecho-Slowakei. Daneben müßten aber die Engländer genau unterrichtet werden über die französischen Absichten für den Fall, daß sich Frankreich eines Tages vor eine vollendete Tatsache gestellt sehen würde.

Schließlich müsse vor der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes festgestellt werden, daß dieser keine Maßnahmen ausschließe, die nötig seien, um einen Umsturz des neuen Europa zu verhindern.

Schließlich dürfe nicht vergessen werden, daß die Rheinlandbesetzung dazu benutzt werden könnte, um Sicherheiten zu erhalten, sei es im Austausch gegen eine vorzeitige Räumung, sei es, um durch ihre Beibehaltung einen Druck auszuüben.

*

Es scheint, daß die politische Dürre der Hundstage die Pariser Presse dazu treibt, den Sängertag zu einem internationalen „Fall" zu stempeln. Ministerrat, Nachfolgestaaten, Kellogg-Pakt, das Rheinlandproblem — alles wird mobil gemacht gegen das deutsche Lied und den durch seine Macht zum Ausdruck gekommenen Gedanken der großdeutschen Einheit! Ist es nur Unverstand, die Unfähigkeit, sich in die deutsche Seele hineinzufühlen, die solchen Unsinn gebiert, oder böser Wille? Man muß schon das letztere annehmen, denn gesunder Menschenverstand kann nicht so gröblich Ursache und Wirkung verkehren, daß er in der Wiener Kundgebung ein Politikum erblicken könnte. Denn nicht politischer Wille, von Berlin oder sonst wo her geleitet, hat die Sänger entflammt, sondern das Massenempfinden von Hunderttausenden, die alle mit deutscher Zunge sprechen, aber in vieler Herren Länder wohnen, hat unwillkürlich den Ausdruck der politischen Gemeinschaftsidee geformt. Gegen so spontan aufquellende Volksempfindungen ist kein politisches Kraut gewachsen, das sollte man auch in Paris bedenken.

Der Anschluß marschiert unaufhaltsam. Er ist, wie die Wiener Tage gezeigt haben, eine zwischen den beiden Brudervölkern bereits vollzogene Tatsache, der nur die staatliche Sanktion noch fehlt. Auch diese wird kommen, früher oder später. Wir werden mit Geduld die Möglichkeit dazu abwarten und inzwischen alles vorbereiten. Mit Drohungen läßt sich eine Entwicklung nicht aufhalten, die nach den uns aufgezwungenen Verträgen nicht verboten, nach dem natürlichen Recht aber erlaubt und sogar notwendig ist. Nie werden wir erlauben, daß Kelloggs Antikriegspakt seinem Sinn und Zweck zuwider zu einem Instrument gegen den Anschluß umgefälscht werden kann — dagegen werden von unserer Seite aus Sicherungen getroffen werden müssen. Und niemals wird das deutsche Volk, am wenigsten das rheinische, zugeben, daß das Rheinlandpfand zu einem Handelsgeschäft mißbraucht wird, das den deutsch-österreichischen Zusammenschluß verhindern würde. Es wäre besser für Frankreich und für Europa, wenn man sich in Paris mit diesen unabänderlichen Tatsachen abfinden und nicht weiter anschlußfeindlichen Utopien nachjagen würde.

Ueberraschend wirkt es, daß auch ein Schweizer Blatt unter der Ueberschrift

„Gute Lieder und schlechte Politik"

unverhohlen seine Abneigung gegen den Anschluß ausspricht. Es ist zwar bekannt, daß die „Baseler Nationalztg." stets eine frankophile Politik vertreten hat. Aber trotzdem scheint es jetzt sehr unangebracht, wenn diese Zeitung das Sängerfest zum Anlaß nimmt, um vom deutschen Imperialismus zu faseln. Dieses Nichtverstehenwollen der deutschen nationalen Frage sollte man zuletzt bei einem Blatte der deutschen Schweiz erwarten; denn dort braucht man sich doch nicht „bedroht" zu fühlen, wie in Paris!

Löbes Antwort.

Graz, 24. Juli. Bei der Gründung der hiesigen Ortsgruppe des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes hielt **Reichstagspräsident Löbe** eine Rede, in der er ausführte:

Wir strecken unsere Hand nicht aus nach einem fremden Gut und fremden Volk, sondern

wir appellieren an das Gesetz, das die Entente ins Leben gerufen hat, dem deutschen Volk aber verweigert.

Wir wollen uns mit niemand vereinigen, der nicht freiwillig zu uns kommt. Das deutsche Volk, das so viel ungünstige Bestimmungen der Völkerbundssatzung ertragen muß, klammert sich an die einzige günstige Bestimmung dieser Satzungen, die vorsieht, daß der Wille der Deutschen im Reich und in Oesterreich nach Vereinigung vollzogen werden kann.

Der Redner erinnerte daran, daß Bundeskanzler Dr. Seipel das Ansinnen der Kleinen Entente, Oesterreich einem nichtdeutschen Wirtschaftskörper anzugliedern, mit der Antwort abgelehnt habe, **Oesterreich wolle nichts ohne Deutschland tun.** Wir haben, so erklärte der Reichstagspräsident, als wir bei Dr. Seipel erschienen, ihm erklärt, **daß auch Deutschland nichts ohne Oesterreich tun werde.** Lassen Sie uns, schloß Löbe, in diesem Sinne weiter an der großen Idee der nationalen Einigung arbeiten. **Es wird der Tag kommen, an welchem in den Deutschen Reichstag auch die Vertreter Oesterreichs einziehen werden.**

Das Recht auf deutscher Seite.

Eine englische Stimme gegen die französische Anschlußhetze.

London, 24. Juli. Der Pariser Mitarbeiter des „Manchester Guardian" erklärt in einer Kritik der französischen Pressestimmen zum Wiener Sängerbundesfest, daß eine politische Rückwirkung mehr als wahrscheinlich sei. Wie bei allen wichtigen Begebenheiten sei in der Pariser Presse jene Einstimmigkeit zu verzeichnen, die auf amtliche Einwirkung hinweise. Der Ton, der angeschlagen werde, käme einer Drohung gleich. Kein Pariser Blatt habe jedoch die Frage anzuschneiden für wert befunden, auf Grund welcher Rechte aus dem Versailler Vertrag oder anderen Verträgen Frankreich und seine Verbündeten zur Verhinderung der deutsch-österreichischen Annäherung einschreiten könnte. Die Friedensverträge enthielten nichts, was die Forderung einer österreichisch-deutschen Vereinigung verhindern könnte, sie machten nur die Billigung einer solchen Forderung von dem Gesetz der Einstimmigkeit in Genf abhängig. Die wahre französische Furcht, so meint das englische Blatt, liege darin, daß dieses Gesetz der Einstimmigkeit angesichts der Entwicklung der Dinge sich als zweischneidig erweisen werde und daß Frankreich und seine Alliierten eines Tages gegen die eine Seite der Klinge anlaufen würden.

Ein weißer Rabe.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 24. Juli. Gegenüber den seltsamen Phantastereien einer Anzahl von Pariser Rechtsblättern, die den deutschen Sängertag zum Anlaß einer Hetze gegen den Anschluß genommen haben, hat sich das offizielle Organ der französischen sozialistischen Partei, der „Populaire", für den Anschluß ausgesprochen. Das Pariser Blatt schreibt, die französischen Nationalisten sollten die letzten sein, die sich über die Anschlußkundgebung aufregten. **Wenn Nationalismus und Patriotismus die ersten Tugenden des französischen Bürgers sind, warum sollten diese Eigenschaften auf der anderen Seite der Grenze zu Lastern werden?** Aber es handelt sich gar nicht um Nationalismus. Die Deutschen wünschten den Anschluß fast einstimmig. Der Fall sei denkbar normal, denn der Friedensvertrag sei doch wohl auf den vierzehn Punkten Wilsons aufgebaut, zu denen auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehöre. Allerdings hätten die Urheber des Vertrages bei der Anwendung dieses Grundsatzes die Grenzen so gezogen, daß außer den Siegerstaaten niemand damit zufrieden sei. Man habe einen ganz unmöglichen Staat geschaffen, der nicht lebensfähig sei, das sei Oesterreich. Berichtigung der Grenzen.

Lambach ausgeschlossen.

Berlin, 24. Juli. **Vom Landesverband Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei wird folgende Entscheidung in Sachen Lambach mitgeteilt:**

„Das Parteimitglied Herr Walter Lambach, M. d. R., hat unter bewußter Ausschaltung der zuständigen Parteiinstanzen Vorstöße gegen die programmatischen Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei unternommen und Auseinandersetzungen mit einem Fraktionskollegen in verletzender Form durch die Presse in die Oeffentlichkeit gebracht. Er hat sich dadurch im Sinne des § 17 der Parteisatzung schwerster Verletzung der Parteizucht und starker Schädigung des Ansehens der Partei schuldig gemacht. Er wird deshalb durch einstimmigen Beschluß des Landesvorstandes aus der Partei ausgeschlossen. Gegen diesen Beschluß steht dem Ausgeschlossenen innerhalb vier Wochen die Berufung an das Parteigericht zu."

*

Wie die T. U. auf Anfrage bei dem Abgeordneten Lambach erfährt, wird Lambach gegen den Spruch des Landesvorstandes Berufung bei dem Parteigericht einlegen.

Ein Warenhaus in Flammen.

Riesenbrand in Karlsruhe.

Berlin, 24. Juli. **In dem größten Karlsruher Warenhaus, Geschwister Knopf, brach heute nachmittag im vierten Stock ein Großfeuer aus. Durch diesen Brand kamen das gesamte dienstuende Personal, etwa 200 Personen, und die Warenhausbesucher in größte Gefahr. Es gelang, die in dem Warenhaus befindlichen Personen rechtzeitig noch in Sicherheit zu bringen. Die Feuerwehr mußte mehrere Personen auf Feuerwehrleitern aus dem brennenden Warenhaus herausholen. Mehrere Personen erlitten Rauchvergiftungen. Der Freiwilligen Feuerwehr und der gesamten Karlsruher Feuerwehr und mehreren Hundertschaften der Polizei, die zur Hilfe herangezogen waren, gelang es, den Brand nach drei Stunden einzudämmen. Vorläufig muß das Warenhaus geschlossen werden.**

In der Teppichabteilung des Warenhauses fand das Feuer in den großen Vorräten reiche Nahrung. Die Flammen griffen mit rasender Schnelligkeit auf die Spielwaren- und die Haushaltabteilung über. Der Wasserschaden ist fast ebenso groß wie der Brandschaden. Die umliegenden Straßen sind in weitem Umfange abgesperrt. Der Straßenbahnverkehr ruht in der Kaiserstraße vollkommen.

Zu dem Brand wird noch gemeldet: Bald nach Ausbruch des Feuers standen

das zweite und dritte Stockwerk in hellen Flammen,

die zu den Fenstern des Dachstuhls hinausschlugen. Besonders schwer wurde die südöstliche Ecke des Gebäudes an der Lamm- und Zähringer Straße mitgenommen. Infolge der starken Rauchentwicklung waren die Hilfsmannschaften teilweise gezwungen, mit Rauchmasken vorzugehen. Der Brand wurde mit 25 bis 30 Schlauchleitungen bekämpft. **Die Warenbestände sind zum größten Teil vernichtet. Das sechsstöckige Gebäude selbst ist schwer beschädigt.**

Erst nach fünfstündiger Tätigkeit ist es der Feuerwehr gelungen, des Brandes Herr zu werden. Dem amtlichen Bericht zufolge sind bei den Löscharbeiten drei Feuerwehrleute verletzt worden, einer von ihnen schwer.

Schweres Straßenbahnunglück in Berlin.

Berlin, 24. Juli. In der Großen Frankfurter Allee hat sich am Dienstag nachmittag ein schweres Straßenbahnunglück ereignet. Dort fuhr ein Straßenbahnzug der Linie 9 einem Straßenbahnzug der Linie 68 in die Flanke. Der Anhänger des 68er Zuges stürzte um. **Aus den Trümmern wurden 19 Verletzte geborgen, darunter ein Schwerletzter. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt.**

Cattaros Munitionslager explodiert.

Wien, 24. Juli. **Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat sich in Cattaro eine schwere Explosionskatastrophe ereignet. Ein staatliches Munitionslager ist in die Luft geflogen, wodurch eine noch nicht feststellbare Anzahl von Soldaten getötet worden ist. Da die Explosionen noch andauern, konnten Tote und Verwundete noch nicht geborgen werden. Gerüchte wollen wissen, daß es sich um ein Attentat handelt.**